

SUBVENTIONEN

## Streichen und straffen

Ein wissenschaftliches Gutachten im Auftrag des Finanzministeriums empfiehlt der Bundesregierung, 5 der 20 größten Steuervergünstigungen komplett zu streichen. Dazu zählen die Steuerbefreiung der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit. Auch die ermäßigte Umsatzsteuer auf Bücher oder Zeitschriften sollte wegfallen, genauso wie die Steuerbefreiung für Kerosin bei Inlandsflügen oder die Arbeitnehmersparzulage. Auch Immobilien-Aktiengesellschaften sollten nicht länger steuerlich gefördert werden, fordern die Wissenschaftler des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts aus Köln, des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung und des dänischen Beratungsunternehmens Copenhagen Economics. Die Vergünstigungen seien ökonomisch unsinnig und nicht zu rechtfertigen, begründen sie ihr Votum. Fielen sie weg, könnte der Staat knapp 4,8 Milliarden Euro an Subventionen einsparen. Zehn weitere Steuervergünstigungen, darunter Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen oder Vergünstigungen für Biokraftstoffe, sollten „grundlegend gestrafft“ werden. Sie stehen für ein Subventionsvolumen von 10,5 Milliarden Euro. Nur fünf Subventionstatbestände halten die Forscher für gerechtfertigt, etwa die Förderung der Riester-Rente,



Flughafen Frankfurt am Main

den Sparerfreibetrag oder die Zulage für Ausrüstungsinvestitionen. Das Gutachten könnte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) als Blaupause dienen, um im nächsten Jahr Geld für die notwendige Haushaltssanierung einzusparen. In Auftrag gegeben wurde es noch zur Zeit seines Vorgängers Peer Steinbrück (SPD), der aus Angst vor unangenehmen Diskussionen die Fertigstellung der Expertise bis nach der Bundestagswahl hinauszögern ließ.

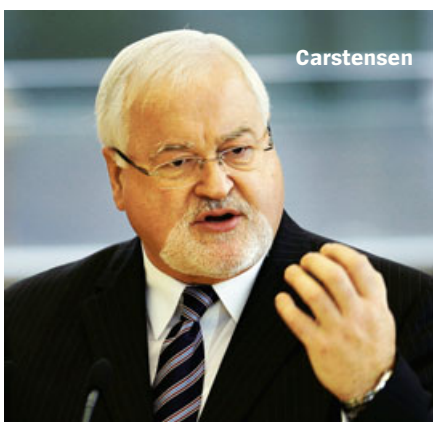
LÄNDER

## Signale aus Berlin

Im Streit um Kompensationsleistungen des Bundes für Steuerausfälle der Länder gibt es offenbar Ansätze für eine gütliche Einigung. Auf einer Klausurtagung der schleswig-holsteinischen CDU-Landtagsfraktion in Lübeck sagte Ministerpräsident Peter Harry Carstensen in der vergangenen

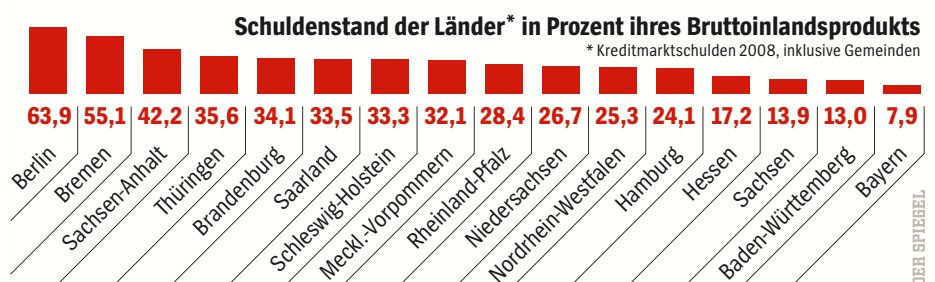
Woche, es gebe „Signale aus Berlin, dass man zu einer Lösung finden“ könne – noch vor der Abstimmung über das umstrittene Wachstumsbeschleunigungsgesetz am 18. Dezember im Bundesrat. In Kieler Regierungskreisen ist von einem Entgegenkommen des Bundes bei den Kosten für die Unterbringung von Hartz-IV-Empfängern die Rede – und von größeren Freiheiten bei der Ausführung von Bundesgesetzen, die sich finanziell vorteilhaft für

die Länder auswirken könnten. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich bestätigte Gespräche über Änderungen bei Hartz IV, nannte sie jedoch „eine weitere Baustelle“, die „in erster Linie die kommunale Ebene und deren steigende Belastungen auf der Ausgabenseite“ berühre. Kommunen seines Landes hätten errechnet, „dass sie mit einem Betrag von rund 40 Millionen Euro pro Jahr betroffen sein könnten“.



Carstensen

CARSTEN REIDER / DPA



DER SPIEGEL